

# Antikorruptionsgesetz muss zügig kommen

NACHGEFRAGT bei Knut Korschewsky, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE

Kürzlich veröffentlichte die lobbykritische Organisation Transparency International den „Korruptionswahrnehmungsindex 2016“. Worum handelt es sich dabei?

Der Korruptionswahrnehmungsindex setzt sich aus verschiedenen Expertenbefragungen zusammen und misst die bei Politikern und Beamten wahrgenommene Korruption. In diesem Jahr wurden 176 Länder untersucht. Auf einer Skala von 0 (hohes Maß an wahrgenommener Korruption) bis 100 (keine wahrgenommene Korruption) erreicht Deutschland 81 Punkte und rangiert damit neben Luxemburg und Großbritannien auf dem zehnten Platz. EU-weit ist Deutschland auf Platz fünf des Korruptionswahrnehmungsindex. So nehmen Führungskräfte aus deutschen Unternehmen es als zunehmend normal wahr, dass „irreguläre Zahlungen“ an Verwaltungen gemacht werden, um bestimmte Vorgänge zu beschleunigen oder erst möglich zu machen. „Dringend notwendig sind stringenter Regelungen zur Parteienfinanzierung sowie die Einführung eines legislativen Fußabdrucks und eines verpflichtenden Lobbyregisters“, heißt es bei Transparency.

## Und wie ist es in Thüringen?

Die deutsche Auswertung des globalen Korruptionsindex ist leider noch nicht veröffentlicht. Thüringer Medien (TA, OTZ) berichteten jetzt aber, dass die Anzahl strafrechtlich verfolgter Korruptionsfälle im vergangenen Jahr stark angestiegen sei. Wie die Generalstaatsanwaltschaft mitgeteilt habe, seien mehr als 570 Ermittlungsverfahren gegen mindestens 618 Beschuldigte eingeleitet worden. Dagegen seien in den Jahren 2013 bis 2015 jährlich durchschnittlich 75 Verfahren gegen 125 Beschuldigte geführt worden.

## Ein modernes Antikorruptionsgesetz muss her, verlangt die LINKE!

Ja. Thüringen braucht möglichst bald ein eigenes, umfassendes und modernes Antikorruptionsgesetz. Die Antikorruptionsarbeit muss auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden – und dies nach den neuesten Prinzipien und Erkenntnissen.



## Das ist aber keine neue Forderung der Linksfraktion.

Wir hatten schon in der vergangenen Wahlperiode einen umfassenden Gesetzentwurf für ein Thüringer Antikorruptionsgesetz in den Landtag eingebracht.

Die damaligen Mehrheitsfraktionen waren aber leider nicht bereit, sich auf ein solches sinnvolles und notwendiges Projekt einzulassen. Obwohl die Fakten auch schon in der Vergangenheit deutlich dafür sprachen hat vor allem die CDU-Fraktion die Realitäten ignoriert. Es ist zu hoffen, dass die aktuellen Analysen für Thüringen nun den notwendigen Schub geben, um möglichst schnell zu einem guten Landesantikorruptionsgesetz zu kommen.

## Wie ist das weitere Vorgehen in dieser wichtigen Angelegenheit gedacht?

Die LINKE wird ausgehend von ihren inhaltlichen Vorstellungen aus der vergangenen Wahlperiode die Thematik innerhalb der rot-rot-grünen Koalition zu einem vorrangigen Thema machen. Dazu gehören entsprechend den Vorgaben des UN-Abkommens gegen Korruption die Wahl eines Antikorruptionsbeauftragten auf Landesebene als unabhängige Prüf- und Aufklärungsinstanz für den öffentlichen und privaten Bereich und der Ausbau der flächendeckenden Arbeit von Antikorruptionsbeauftragten auf allen behördlichen Ebenen, auch in den Kommunen.

## Was gehört noch dazu?

Vor allem auch die intensive Sensibilisierung und Schulung aller Mitarbeiter in öffentlichen Einrichtungen, besonders in korruptionsgefährdeten Bereichen. Damit kann das Entstehen von Korruption, die vor allem struktureller Art ist, von Anfang an unterbunden werden. Auch die Einrichtung von sogenannten „Lobbyregistern“ in verschiedenen Bereichen kann für die notwendige antikorruptive Transparenz sorgen.

Es ist nicht länger vertretbar, die Antikorruptionsarbeit in Thüringen – so wie es die CDU jahrzehntelang leider gehandhabt hat – auf der rechtlich schwachen Grundlage einer unvollständigen Richtlinie aus dem Jahr 2002 zu betreiben. Der Schutz vor und die wirksame Bekämpfung von Korruption sind notwendig für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Verwaltung und Wirtschaft. Wirksame Antikorruptionsarbeit ist wichtig für die Stärkung der Demokratie, die von Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsprozesse lebt.

## VON A BIS Z:

### Hochschulstädte

Mit Beschluss des Thüringer Landtags vom 26. Januar können Gera und Eisenach nun den offiziellen Titel „Hochschulstadt“ führen. Dazu die wissenschaftspolitischen Sprecher von LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Christian Schaft, DIE LINKE: „Im September 2016 ist die ehemalige Berufsakademie Gera-Eisenach auf der Basis des Gesetzentwurfes der Landesregierung zur Dualen Hochschule umgewandelt worden. Dieser wichtigen Entscheidung für unsere Wissenschaftslandschaft hat der Thüringer Landtag nun einen bedeutenden Schritt im Standortmarketing folgen lassen.“

Eleonore Mühlbauer, SPD: „Die Duale Hochschule Gera-Eisenach spielt eine wichtige Rolle für regionale Wertschöpfung und zur Fachkräftesicherung der Thüringer Unternehmen. Die hohe Übernahmequote der Absolventen belegt, dass das duale Studium von den Thüringer Unternehmen sehr geschätzt wird. Ich begrüße, dass sich die zehnte Thüringer Hochschule nun auch in der Bezeichnung von Gera und Eisenach als Hochschulstadt widerspiegelt.“

Madeleine Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Bereits das internationale Interesse an der Dualen Hochschule hat gezeigt, dass das duale Studium in Thüringen einen guten Stand hat. Die Errichtung der Dualen Hochschule war und ist ein Herzensanliegen. Der Titel Hochschulstadt ist daher nur eine logische Konsequenz und rundet unsere gemeinsamen Bemühungen ab.“

## WICHTIGE TERMINE

### Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Sitzungen des Thüringer Landtags finden (jeweils mittwochs bis freitags) in der Zeit vom 22. bis 24. Februar und vom 22. bis 24. März statt. Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

### Vorankündigung:

Auch in diesem Jahr ist die Fraktion DIE LINKE, diesmal an einem gemeinsamen Stand mit den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, bei der Thüringen Ausstellung auf der Erfurter Messe vom 4. bis 12. März vertreten.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## Erwerbstätige

Im Jahresdurchschnitt 2016 hatten 1.042.300 Personen einen Arbeitsplatz in Thüringen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich um 7.000 Personen bzw. 0,9 Prozent und blieb damit erneut deutlich hinter dem Zuwachs in Deutschland zurück (1,9 Prozent), so das statistische Landesamt.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Thüringen war auch im Jahr 2016 von einem weiteren Rückgang der so genannten marginalen Beschäftigungsfälle gekennzeichnet. So sank die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten gegenüber 2015 um circa 1.000 Personen (1,2 Prozent), die Zahl der Ein-Euro-Jobber um circa 900 Personen (27,8 Prozent).

## Präsenzpflcht

Kritik am Beschluss des Senates der Universität Erfurt zur Wiedereinführung der Präsenzpflcht hat der LINKE Hochschulpolitiker Christian Schaft geübt: „Gute Lehre und praxisorientierte Umsetzung von Inhalten füllen ganz von allein Seminarräume und Hörsäle. Die Rückkehr zur Zwangsmaßnahme ist ein Eingeständnis mangelnder Didaktik bei einigen der Lehrenden. Dass sich mehr als 70 Prozent der Studierenden gegen die Präsenzpflcht ausgesprochen haben, hat nichts mit vermeintlicher Faulheit zu tun: Studierende wissen heute sehr genau, welche Vorlesung sie wirklich weiterbringt oder wo ihnen die Vorbereitung im Selbststudium viel bessere Ergebnisse ermöglicht.“

## Kinderreport

Laut Kinderreport 2017 des Deutschen Kinderhilfswerkes sehen 93 Prozent der Kinder und Jugendlichen (plus 6 Prozent gegenüber 2016) zu niedrige Einkommen der Eltern als wichtigsten Grund für Kinderarmut in Deutschland. Außerdem die zu geringe Unterstützung von Alleinerziehenden, und viele sind der Ansicht, dass sich Politik zu wenig um Kinderarmut kümmert (87 Prozent, plus 3 Prozent). Dass arme Kinder in der Schule zu wenig unterstützt werden, um gute Noten und einen guten Beruf zu bekommen, mahnen 64 Prozent an. Dagegen glaubt nur knapp die Hälfte der Befragten (46 Prozent) an einen zu geringen Zusammenhalt in der Familie als Ursache für Kinderarmut.